

Anlage 1 (zu § 8 Abs. 3)

Regelung für die Gewährung eines Gemeinwohlausgleichs für die Erbringung von Gemeinwohlleistungen im Körperschaftswald

1. Der Gemeinwohlausgleich wird jährlich, bei während des Jahres eintretenden Voraussetzungen anteilig für die entsprechenden Monate, und nur auf Antrag der Körperschaft beim zuständigen Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt. Für das Jahr 2012 kann der Antrag rückwirkend zum 1. Januar 2012 gestellt werden. Ab dem Jahr 2013 ist der Antrag spätestens zum 31. März für das laufende Kalenderjahr zu stellen.

2. Der Gemeinwohlausgleich wird als Festbetrag jährlich in folgender Höhe gewährt:

Betriebsausführung (ohne gleichzeitige Betriebsleitung):	
Gemeinwohlausgleich in Euro je Hektar Holzbodenfläche und Jahr	6,50 €
Betriebsleitung und Betriebsausführung:	
Gemeinwohlausgleich in Euro je Hektar Holzbodenfläche und Jahr	7,80 €

3. Der Gemeinwohlausgleich wird Körperschaften gewährt, wenn sie die Bewirtschaftung ihrer Waldflächen durch forstfachlich qualifiziertes Personal, d.h. eigenes Personal oder Dritte, im Sinn des Art. 19 Abs. 4 BayWaldG in Verbindung mit §§ 8, 9 und 11 ohne Inanspruchnahme staatlicher Betriebsleitung bzw. Betriebsleitung und Betriebsausführung wahrnehmen lassen. Damit wird die Erbringung von Gemeinwohlleistungen im Rahmen der vorbildlichen Waldbewirtschaftung nach Art. 19 Abs. 1 BayWaldG ausgeglichen.

4. Der flächenbezogene Gemeinwohlausgleich vermindert sich entsprechend dem Flächenanteil, der

- im Forstwirtschaftsplan oder Forstbetriebsgutachten als Flächen außer regelmäßigem Betrieb (a. r. B.) festgesetzt wurde,
- als Naturwaldreservat eingerichtet ist.

5. Die Auszahlung des Gemeinwohlausgleichs erfolgt, mit Ausnahme des Jahres 2012, jeweils am 1. Juli eines Kalenderjahres.